



Die Stadtbetriebe sind in Unna zuständig für die Straßenreinigung und viele andere Dienstleistungen. Ob eine Zusammenführung mit der Stadtverwaltung nur das Rechnungswesen vereinfacht oder auch den Service gefährdet, darüber streitet die Politik. FOTO STADTBETRIEBE UNNA (A)

Stadtbetriebe: Politik geht ohne Beschluss auseinander

Unna. Nach einer emotionalen Debatte steht zum Thema Stadtbetriebe noch kein Ergebnis. Zur Rückführung der Betriebe in die Kernverwaltung hat die Politik den Beschluss vertagt.

Von Thomas Raulf

Um die Zukunft der Unnaer Stadtbetriebe (SBU) wird im Rathaus heftig gestritten. Am Mittwochabend (30. November) tagte der Betriebsausschuss, um nach einer emotional geführten Diskussion doch ohne Ergebnis auseinander zu gehen.

Wie berichtet verfolgt die Stadtverwaltung unter der Führung von Dirk Wigant den Plan, aus den Stadtbetrieben einen so genannten Regiebetrieb innerhalb der Stadtverwaltung zu machen. Es ist auch von einer Reintegration die Rede.

Es bilden sich zwei Fronten: Die Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen sind dafür. Sie hätten rechnerisch auch eine

Mehrheit, doch es kam zu keinem Beschluss. SPD, WfU, FLU und schließlich auch die FDP meldeten Beratungsbedarf an.

Das bedeutet gemäß den in Unna geltenden Gepflogenheiten, dass ein Beschluss vertagt wird auf die nächste Sitzung, worauf man sich letztlich verständigte - nicht ohne auch darüber noch einmal zu streiten.

Wigant: „Es wird nichts zerschlagen“

Was diese Reintegration für Hintergründe und Auswirkungen hätte, dazu gehen die Meinungen weit auseinander.

Bürgermeister Wigant betonte, es werde nichts „zerschlagen“, wie es Kritiker im Vorfeld dargestellt hat-

ten. Auch solle niemand entlassen werden. Die wesentlichen Änderungen beträfen das Rechnungswesen. Hier gebe es Verwaltungs-Doppelstrukturen, von deren Auflösung man sich Einspareffekte erhofft.

Leistungseinbußen dürfe es freilich nicht geben, auch die Sorgen der SBU-Mitarbeiter vor Veränderungen müssten ernst genommen werden, sagte die Grünen-Fraktionsvorsitzende Claudia Keuchel. Es müsse aber das Gesamtinteresse der Stadt betrachtet werden, appellierte sie.

SPD: Reintegration bringt Nachteile

Michael Tietze (SPD) zeigte sich überzeugt, die Reintegration werde Nachteile bringen. Aus gutem Grund würden andere Städte darauf verzichten.

Die Stadtbetriebe stünden für Schnelligkeit und Effizienz bei der Erledigung ihrer Aufgaben. „Das sind alles

Sachen, die man in der Stadtverwaltung nicht leisten kann“, so Tietze.

Und von den angekündigten Einsparungen werde am Ende nichts übrig bleiben. Gegen den Vorwurf, nur als Eigenbetrieb könne man effektiv arbeiten, verwehrte sich Wigant als Chef der hier kritisierten Stadtverwaltung.

Gerhard Meyer (CDU) erklärte, die Mitarbeiter würden auch künftig genauso gute Arbeit leisten.

„Es ändert sich überhaupt nichts. Es geht nur darum, Doppelstrukturen aufzulösen.“ Sein Fraktionschef Rudolf Fröhlich versicherte: „Die Mülltonnen werden auch künftig mit der gleichen Zuverlässigkeit geleert.“

Auch der von der Stadt beauftragte Gutachter sah sich Kritik ausgesetzt. So erklärte SBU-Betriebsleiter Frank Peters, es gehe bei der Untersuchung um Kostenverschiebungen, nicht um eine

Reduzierung. Die Kosten der Reintegration wiederum seien nicht betrachtet worden. Auch die SPD-Ratsherren Tietze und Max Jülkenbeck zogen das Gutachten in Zweifel.

Farbe bekennen am 8. Dezember

Es war eine emotionale Diskussion. Zwischenzeitlich kritisierte die Grünen-Fraktionschefin Claudia Keuchel die Sitzungsleitung durch Klaus Tibbe (SPD), den Ausschussvorsitzenden, der in der turbulenten Debatte wohl nicht immer klar trennte zwischen Fragen an den Gutachter und Diskussionsbeiträgen.

Die Diskussion wird nun weitergehen. Das Thema soll in der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 8. Dezember erneut beraten werden. Beratungsbedarf mit praktisch aufschiebender Wirkung kann es dann allerdings nicht mehr geben.